

Antragsunterlagen zum
Planfeststellungsverfahren

Neubau der Energietransportleitung

2. Abschnitt der ETL 179

ETL 179.200

Bützfleth - Deinste

Teil F – Materialband

**F5-1 – Stellungnahme des Landkreises
Stade zum Verzicht auf eine Raumver-
träglichkeitsprüfung**

Vorhabenträgerin:



**Gasunie Deutschland Transport Services GmbH
(GUD)**

Pasteurallee 1

30655 Hannover

Tel.: +49 (0)511 640607 -0

E-Mail: projektanfragen@gasunie.de

Internet: www.gasunie.de

Projektleiter: Steffen Reger

Genehmigungsplanung: Anton Kettritz

Generalplaner:



ILF Beratende Ingenieure GmbH

Werner-Eckert-Straße 7

81829 München

Projektleiter: Carles Giro

Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren

Neubau der Energietransportleitung ETL 179.200 Bützfleth - Deinste

F5-1 – Stellungnahme des Landkreises Stade zum Verzicht auf eine Raumverträglichkeitsprüfung

Stand: 04.03.2025



Landkreis Stade * 21677 Stade

Gasunie Deutschland Transport Services GmbH
Pasteurallee 1
30655 Hannover

Planungsamt
Am Sande 2
Frau Friedrich
Raum B 102
☎ 04141-12-6128
☎ 04141-12-6113
✉ planungsamt@landkreis-stade.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (bei Antwort angeben)

Datum

61

28.06.2022

ETL 179, Anbindungsleitung LNG-Terminal Stade, Prüfung der Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens gemäß § 15 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 9 Nds. Raumordnungsgesetz (NROG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie planen die Leitungsverlegung vom geplanten Liquefied Natural Gas (LNG) -Terminal in Stade-Bützfleth zu einem geplanten Einspeisepunkt in das Fernleitungsnetz der Gasunie Deutschland Transport Services.

Für dieses Vorhaben habe ich am 31.05.2022 eine Raumordnungsverfahren-Verzichtsanzeige gemäß § 15 Abs. 5 Satz 2 ROG von Ihnen erhalten.

Entscheidung

Für das Vorhaben „ETL 179, Anbindungsleitung LNG-Terminal Stade“ ist die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens nicht erforderlich.

Folgende Punkte sind im weiteren Planungs- und Zulassungsverfahren besonders zu berücksichtigen:

1. Die betroffenen Schutzgebiete sind vollständig in ausreichender Tiefe zu unterfahren. Die erforderlichen Ein- und Ausfahrgruben sowie erforderliche Lagerflächen (Geräte, Material etc.) sind außerhalb der Schutzgebiete zu planen.
2. Die geplante Leitung darf einer Umsetzung erforderlicher Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen gemäß des jeweiligen Schutzzweckes und der festgelegten Erhaltungsziele in den betroffenen Schutzgebieten nicht entgegenstehen.

Hauptdienstgebäude:

Kreisshaus
Am Sande 2
21682 Stade
Telefon: (0 41 41) 12-0
Telefax: (0 41 41) 12-247
eMail: info@landkreis-stade.de
www.landkreis-stade.de

Bankverbindungen:

KreisSparkasse Stade
Konto-Nr.: 100 024 - BLZ: 241 511 16
IBAN: DE82 2415 1116 0000 1000 24
SWIFT-BIC: NOLADE21STK
Volksbank Stade-Cuxhaven eG
Konto-Nr.: 100 12 12 500 - BLZ: 241 910 15
IBAN: DE64 2419 1015 1001 2125 00
SWIFT-BIC: GENODEF1SDE

Allgemeine Öffnungszeiten:

Dienstag:
8.00 bis 12.00 Uhr + 13.00 bis 16.00 Uhr
Montag, Mittwoch, Freitag:
8.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag:
8.00 bis 17.00 Uhr

Öffnungszeiten Straßenverkehrsamt Stade und Buxtehude:

Montag, Dienstag:
8.00 bis 15.30 Uhr
Mittwoch, Freitag:
8.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag:
8.00 bis 17.00 Uhr

Außerhalb der Öffnungszeiten können gerne Termine vereinbart werden.

3. Für die Gewährleistung notwendiger Schutzmaßnahmen ist eine qualifizierte ökologische Baubegleitung im Rahmen der Baumaßnahme zu beauftragen.
4. Die Leitungsverlegung ist so auszuführen, dass evtl. zusätzliche, nachfolgende parallele Leitungsführungen so wenig wie möglich behindert werden.
5. Bezüglich der Leitungsverlegung durch das Vorranggebiet Windenergienutzung Deinste, ist ein Gespräch mit dem Vorhabenträger des Repowerings durchzuführen, um sicherheitstechnische Erfordernisse sowie die konkrete räumliche Feintrassierung zu erörtern. Das Ziel muss hier eine einvernehmliche Lösung oder eine privatrechtliche Einigung sein.

Begründung

Das vorliegende Vorhaben ist aufgrund seiner räumlichen Ausprägung und der Beeinflussung verschiedener räumlicher Funktionen und Nutzungen als raumbedeutsam einzustufen. Es ist darüber hinaus von überörtlicher Bedeutung. Der hier gegenständliche Vorhabentyp ist nach § 1 Nr. 14 in der Raumordnungsverordnung des Bundes enthalten.

Grundlage der Planung sind die Absichten der Hanseatic Energy Hub GmbH (HEH) ein Liquefied Natural Gas (LNG)-Terminal im Hafen Stade zur Anlandung von verflüssigtem Erdgas zu errichten. Diese Anlagen erfordern zum Import der Gasmengen eine Anbindung an das bestehende Fernleitungsnetz. Nach §§ 39ff. GasNZV besteht für die Vorhabenträgerin, die Gasunie Deutschland Transport Services GmbH (GUD), als Fernleitungsnetzbetreiberin eine gesetzliche Anschlusspflicht von LNG-Terminals. Das für den Abtransport der Erdgasmengen erforderliche Transportsystem besteht nach aktuellem Planungsstand aus einer Gas-Druck-Regel- und Messanlage (GDRM), einer Energietransportleitung sowie einer Überspeisestation in das bestehende Leitungsnetz. Ausgehend vom identifizierten Startpunkt im Bereich des geplanten LNG-Terminals in Stade-Bützfleth soll die geplante Energietransportleitung mit einer Nennweite von voraussichtlich DN 900 über eine Strecke von bis zu 24 km zu einem geplanten Einspeisepunkt in das Fernleitungsnetz der GUD, südlich von Stade, führen.

Mithilfe einer Raumwiderstandsanalyse wurden neun verschiedenen Varianten zur Verbindung des Startpunktes im Hafen Stade-Bützfleth mit dem Gastransportnetz des GUD entwickelt. Lediglich die Varianten 2a – 2d sind ernsthaft in Betracht zu ziehen. Alle vier Varianten queren Vorranggebiete für hafenorientierte wirtschaftliche Anlagen, Vorranggebiete Windenergienutzung (Ziel in Aufstellung), Vorranggebiete Natur und Landschaft, Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Vorranggebiete für die Torferhaltung (Landes-Raumordnungsprogramm 2017), Vorranggebiete Natura 2000 sowie Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft und Natur und Landschaft.

Bei der Entscheidung über die Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens (ROV) handelt es sich um eine in jedem Einzelfall zu treffende Ermessensentscheidung. So kann auf ein ROV verzichtet werden, wenn bereits absehbar ist, dass gegen die Verwirklichung des Vorhabens aus raumordnerischer Sicht keine Bedenken bestehen und das Verfahren voraussichtlich keine weiteren Aufschlüsse bringen wird. Für das vorliegende Vorhaben ist eine nahezu vollständige Parallellage zu bereits bestehenden Leitungen (Vorranggebiet Rohrfernleitung des RROP 2013) geplant. Diese bestehenden Leitungen stellen aus Sicht der Raumordnung ein begünstigtes Ziel dar. Damit ist eine Zielkonformität gegeben.

Bei der Bewertung der Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens ist u. a. zu berücksichtigen, ob es ernsthaft in Betracht kommende räumliche Standortalternativen gibt, die im Sinne von § 15 Abs. 1 Satz 3 ROG im ROV geprüft werden sollen. Aus Sicht des Vorhabenträgers bestehen nur eingeschränkte Möglichkeiten hinsichtlich der möglichen Trassenführung. Der Vorhabenträger hat sich mit möglichen Trassenalternativen beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass neben den Trassen 2a – 2d keine gleichwertigen Alternativen vorhanden sind. Die Varianten 1a und 1b sind aufgrund der Querung des Erwerbsobstbaus des Alten Landes nicht ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die Varianten

1c und 1d sind durch die Veränderungssperre nach § 9 FStrG der geplanten Teilabschnitte 5a und 5b der A 26 zeitlich und fachlich vom Planfeststellungsverfahren der A 26 abhängig. Aus bautechnischer, zeitlicher und genehmigungsrechtlicher Perspektive sind sie nicht ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die Variante 3 quert die Schutzzone II des Wasserschutzgebiets Stade-Hohenwedel innerhalb welcher erdverlegte Gasleitungen verboten sind. Des Weiteren quert sie bebaute Siedlungsfläche der Hansestadt Stade. Aufgrund dieser Realisierungshindernisse ist auch sie nicht ernsthaft in Betracht zu ziehen.

Besonders zu berücksichtigen sind im weiteren Planungs- und Zulassungsverfahren die oben aufgeführten Punkte 1 bis 5, damit Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie die festgelegten Erhaltungsziele der betroffenen FFH-Gebiete weiterhin umgesetzt werden können und eine effektive Leitungsbündelung erreicht wird. Des Weiteren muss eine zeitnahe Abstimmung mit dem Vorhabenträger des Windparks Deinste erfolgen, damit die Vorhabenträger des Windparks und der ETL 179 die entsprechenden Belange berücksichtigen können und Planungssicherheit haben.

Insgesamt ist festzustellen, dass

- die Varianten 2a – 2d, im Ergebnis der Natura 2000-Verträglichkeitsstudie 1. Stufe, unter Beachtung von Auflagen allesamt als grundsätzlich zulassungsfähig nach § 33 Abs. 1 BNatSchG eingeschätzt werden.
- die Querung des FFH-Gebietes „Schwingetal“ mit der vorrangigen Nutzung vereinbar ist und keinen raumordnerischen Zielverstoß darstellt.
- die Querungen der Vorranggebiete für hafenorientierte wirtschaftliche Anlagen, für den Rohstoffabbau, für die Torferhaltung (LROP) sowie für das Vorranggebiet Windenergienutzung Stade (Ziel in Aufstellung) in Parallellage zu unterirdischen Rohrfernleitungen vorgesehen sind, die im RROP 2013 als Vorranggebiete Rohrfernleitung ausgewiesen sind. Sie stellen damit keinen raumordnerischen Zielkonflikt dar.
- eine Leitungsverlegung innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung Stade (Ziel in Aufstellung) einem Repowering der vorhandenen Windenergieanlagen grundsätzlich nicht entgegensteht.
- die Leitungsführung der Variante 2d, innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung Deinste (Ziel in Aufstellung), einem Repowering der vorhandenen Windenergieanlagen grundsätzlich nicht entgegensteht und mit den bestehenden Windenergieanlagen des Vorranggebietes vereinbar ist.
- eine Leitungsführung der ETL 179 mit dem Vorranggebiet hafenorientierte wirtschaftliche Anlagen für das Umfeld des LNG Terminals vereinbar ist, sofern durch planerische Feinsteuerung gewährleistet werden kann, dass andere vorrangige Nutzungen durch diese Leitungsführung nicht eingeschränkt werden.
- der raumordnerische Grundsatz der Leitungsbündelung, die Parallelführung neu geplanter Leitungen in möglichst geringer Entfernung zu bereits vorhanden Leitungstrassen, weitgehend eingehalten wird.
- für das Vorhaben keine ernsthaft in Betracht kommende Alternativen zu den Trassen 2a – 2d bestehen.
- für das Vorhaben insgesamt auf Ebene der Raumordnung kein intensiver Abstimmungsbedarf erkennbar ist, der die Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens begründen könnte.

Von dem Vorhaben sind Nutzungs- und Schutzansprüchen berührt. Es wird empfohlen, im Zuge der Erstellung der Antragsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren potentielle Beeinträchtigungen und Konflikte zu ermitteln und mit den berührten öffentlichen Stellen konfliktarme Lösungen abzustimmen. Etwaige Anträge für Genehmigungen/Befreiungen/Ausnahmen nach Naturschutz- und Waldrecht sind Bestandteil des späteren Planfeststellungsverfahrens. Entsprechendes gilt für die fachgerechte Abarbeitung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung.

Zur Genehmigung des Vorhabens ist ein Planfeststellungsverfahren gemäß § 43 Nr. 6 Energiewirtschaftsgesetz durchzuführen. Zuständige Behörde hierfür ist nach den aktuellen rechtlichen Vorgaben das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG).

In dem durchzuführenden Planfeststellungsverfahren sind die Erfordernisse der Raumordnung zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen, sind Ziele der Raumordnung zu beachten (§ 4 Abs. 1 ROG). In Vorbereitung auf das Planfeststellungsverfahren hat auch die Abstimmung des Vorhabens mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu erfolgen.

Die zuständige Planfeststellungsbehörde, die Hansestadt Stade, die Samtgemeinde Fredenbeck und die Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten erhalten eine Durchschrift dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen,
In Vertretung



Pönitz

Anlage: Übersichtskarte zu den untersuchten Trassenvarianten
 Übersichtskarte Zielvorgaben des RROP 2013



